



WIE BRINGEN WIR BREMENS QUEERPOLITIK ZUM BLÜHEN?

Willkommen zum offenen Gesprächsabend 26.11.19
Mein Name ist Freddy. Wir starten um 19 Uhr.

QUEERPOLITIKBREMEN.WORDPRESS.COM

Worum geht es beim Landesaktionsplan eigentlich?

- Queere Menschen wurden und werden ausgegrenzt, stigamisiert, pathologisiert, kriminalisiert und entrechtet bzw. nicht aktiv geschützt.
- Unsere Existenz war lange jenseits der Ablehnung und Entwertung ausgeblendet. Sie spielte keine Rolle, es gab und gibt kein Bewusstsein über die Folgen der Queerness.
- Die „Strukturen für Alle“ sind in Wirklichkeit auf bestimmte Gruppen fokussiert, queere Menschen zählten nie dazu.
- „Wir“ haben viele Lücken übers Ehrenamt geschlossen, oft mit kleinem Budget, Professionalisierung ist noch „jung“.
- Der Staat (Länder/Bund) kommt langsam in die Puschen.

Worum geht es beim Landesaktionsplan eigentlich?

- Der Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit listet Maßnahmen in vier Handlungsfeldern auf:
 1. Lebensphasen
(Kinder, Jugend und Familie, Schule, Arbeitswelt, Alter und Pflege)
 2. Vielfalt der Lebenshintergründe
(Migration, Behinderung, Trans- und Intergeschlechtlichkeit)
 3. Lebenswelten
(Kultur, Sport und Tourismus)
 4. Antidiskriminierung
- Nicht „vollständig“, nicht priorisiert / ohne Reihenfolge, keine Kosten oder konkreten Plänen für die Umsetzung



Worum geht es beim Landesaktionsplan eigentlich?

Bürger_schaft



Aktionsplan



Ressorts



- 2014: HBBue beauftragt Ressort Soziales „Mach uns einen Plan!“
- Soziales beauftragt Rat&Tat
- 2015: Aktionsplan wird vorgestellt und verabschiedet
- 2015–2017: Die Ressorts prüfen ihre Möglichkeiten, Einzelmaßnahmen werden umgesetzt, das Geld ist knapp.
- 2018 Zwischenbericht (Rat&Tat)



Zwischenbilanz des Landeaktionsplans 2019

- Den Ressorts fehlt es an Kompetenz und Kohle.
- Die Vereine / Träger*innen berichten: die Anfrage übersteigt die personellen = finanziellen Möglichkeiten.
- Nach dem Zwischenbericht 2018 gibt es (soweit bekannt) keine Änderung der Vorgehensweise oder der Finanzen.
- **Bürgerschaftswahl 2019: neue Koalition, neuer Vertrag!**
- **In der Präambel:**
„LSBTIQ*, also Lesben, Schwule, bi-, trans*- und intersexuelle Menschen werden wir überall dort unterstützen, wo ihnen Diskriminierung oder Ausgrenzung begegnet.“ S. 6

Queeres Leben fördern (S. 59/60)

- „Um den gestiegenen Bedarfen gerecht werden zu können, **wollen** wir das Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V. finanziell besser ausstatten. Ein eigenes zentrales Trans*/Inter-Beratungsangebot **wird entwickelt**. Zudem **befürworten** wir die Schaffung von Beratungsräumen in Bremerhaven und Bremen-Nord, die auch auf jugendliche queere Menschen ausgerichtet sind.“
- „Der Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen **wird umgesetzt**. In Bremen **werden** Wohnungen für junge queere Menschen **bereitgestellt**, die familiär von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Aufklärung sowie Prävention gegen Homophobie und Trans*/Interfeindlichkeit **werden fester Bestandteil** der Jugend-, Bildungs- und Erziehungsarbeit im Land und der hiesigen Trägerstruktur.“
- „Im Sport **werden wir eine Projektgruppe** aus Vereinen, Verbänden und dem Sportamt **einrichten**, um die bereits in einigen Vereinen und Verbänden bestehenden Programme und Konzepte zur Sensibilisierung für LGBTIQ* miteinander auszutauschen und weiterzuentwickeln.“

Queerpolitik institutionalisieren (S. 60)

- „Die Lebenslagen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Interpersonen sowie Queeren (LSBTIQ*) sind gerade im Alltag oft von spezifischen Bedürfnissen geprägt. Vom Inter-Kind in der Kita bis zur lesbischen Seniorin im Altersheim fehlt es an Rahmenbedingungen, um diskriminierungsfrei aufwachsen und leben zu können. Um die Anforderungen gebündelt bearbeiten zu können, ihnen ressortübergreifend die notwendige Aufmerksamkeit zu garantieren und um den Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie konsequent umzusetzen **richten** wir eine queerpolitische Koordination im Senat **ein**.“

Antidiskriminierung (S. 60)

- „Wir dulden keine Diskriminierung im Land Bremen. Um von Diskriminierung betroffenen Menschen den Weg zu der für sie richtigen Anlaufstelle zu erleichtern, **schaffen** wir eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle. Diese werden wir **angemessen ausstatten**. Anknüpfend an das bestehende Netzwerk **schaffen** wir zuverlässige und nachhaltige Strukturen.“



Koalitionsvertrag – weitere queerpolitische Stellen

- „[Jugendarbeit] Wir **werden** zusätzliche Mittel für die Träger der Bildungsarbeit **bereitstellen**, um gezielt Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus, religiösen Fundamentalismus, Rechtsextremismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit **durchzuführen**.“ S. 51
- „[Antidiskriminierung] Der Bremer Rat für Integration **soll unterstützt** und queermigrantische Selbstorganisation beim Rat&Tat-Zentrum verstärkt finanziell **gefördert werden**.“ S. 56
- „Wir **werden** die Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen nachhaltig **finanziell absichern** und Inter- und Transwohnangebote **aufbauen**. Und wir **schaffen** Angebote und Schutzwohnungen für junge Inter- und Transpersonen und Homosexuelle, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren.“ S. 58



Koalitionsvertrag – weitere queerpolitische Stellen

- „Wir **fördern** Beratungs-, Bildungs- und Anlaufstellen für Frauen, Inter- und Transpersonen sowie homo- und bisexuelle Menschen und **unterstützen** auch spezifische Beratungsangebote für Betroffene und Fachkräfte/Multiplikator*innen (z.B. zum Thema Genitalverstümmelung).“ S. 59
- „Wir **wollen** klischeefreie frühkindliche und schulische Bildung im Bundesland Bremen **fördern**.“ S. 59
- „In der Ausbildung für Pflegeberufe **verankern** wir Module für Geschlechter-, Queer- und Kultursensibilität.“ S. 93/94
- „Zukünftig **sollen** queere Aspekte in der Gesundheitsversorgung stärker **berücksichtigt werden**.“ S. 100

sollen, wollen = Absicht, Verhandlungsmasse

werden, schaffen, einrichten = Handlungsversprechen, z.T. mit Finanzierung

(prüfen = wahrscheinlich nichts in dieser Legislatur umsetzen)



Perspektivische Umsetzung des Landeaktionsplans 2020+

Bürger_schaft



Aktionsplan



Ressorts



Träger_innen



- Die Bürgerschaftsfractionen kontrollieren und steuern die Regierungsarbeit der Ressorts
- Im **Beirat** werden Abgeordnete und Ressorts von queeren Expert_innen beraten
- Die **koordinierende Stelle** verantwortet die konkrete Umsetzung
- Institutionen und Vereine inkl. der queeren Träger_innen setzen Maßnahmen um



Der Queerpolitische Beirat – Beschluss vom September 2019

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Queerpolitischen Beirat bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport einzurichten.
2. Der Beirat soll **mindestens vier Mal im Kalenderjahr** tagen und hat die Aufgabe, die Umsetzung des Landesaktionsplans und der weiteren queerpolitischen Vorhaben sowie die queerpolitische Koordination des Senats in der 20. Wahlperiode zu **begleiten** und der Bürgerschaft (Landtag) alle zwei Jahre über seine Arbeit **Bericht zu erstatten**.



Der queerpolitische Beirat – Beschluss vom September 2019

3. Der Beirat soll sich aus **jeweils einem Mitglied der aktuell bestehenden Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft** sowie einer von der **Stadtgemeinde Bremerhaven** benannten Vertretung zusammensetzen.

Darüber hinaus sollen das **Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V.**, **Trans-Recht e.V.**, der Verein **Intersexuelle Menschen e. V.**, der **CSD Bremen e.V.**, der **Lesben- und Schwulenverband Niedersachsen-Bremen**, **queerhandicap e.V.**, **belladonna e.V.** sowie **Queeraspora** eingeladen werden, jeweils ein Mitglied zu entsenden.



Der queerpolitische Beirat – Beschluss vom September 2019

Der Beirat kann **weitere sachverständige Einzelpersonen** insbesondere aus den queerpolitischen Facharbeitsgruppen der Parteien als Mitglieder aufnehmen.

Die Geschäftsführung soll bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport liegen. **Alle anderen Ressorts benennen eine Vertretung für den Beirat als ständige Gäste**, die bei Bedarf an dessen Sitzungen teilnehmen.“ (aus: Drs. 20/59 von 18.09.2019)



Der queerpolitische Beirat – Fragen und Gesprächsthemen

Wie können und wollen „wir“ (als queere/LSBTI+ Communities) dafür Sorge tragen, dass im Beirat die **Bandbreite aller queeren Strukturen** inklusive der Selbsthilfe und Einzelpersonen ankommt und stattfindet?

Wie bewerten wir die Idee, regelmäßig und zuverlässig Expertise zur Verfügung zu stellen, während die Vereine zeitgleich **chronisch unterfinanziert und überlastet** sind?

Es sind Senat, Ressorts und Bürgerschaft, die die Expertise des Beirats brauchen. Es ist keine Gefälligkeit, um uns hierüber politische Partizipation zu ermöglichen.



Der queerpolitische Beirat – Fragen und Gesprächsthemen

Wie unterstützen wir die Beiratsmitglieder in ihrer Arbeit?

Wie werden Beiratstreffen vorbereitet, **mögliche Konflikte** ausgeräumt und der Austausch über die Beiratsgruppe hinaus im Vorfeld oder im Nachgang effizient organisiert?

Institutionelle Vernetzung zwischen Bremens queeren Vereinen und Gruppen gibt es nur punktuell oder im derzeit kleinen Rahmen des AK PLuS.

Wie vermeiden wir Nachteile durch die Mitarbeit im Beirat?

Wie tragen wir Sorge dafür, dass **Unterschiede** in den jeweiligen Möglichkeiten sich **nicht nachteilig** auswirken? Welche Transparenz und Mitwirkung wünschen wir uns?



Der Resonanzraum – Danke sehr!

- Bleiben wir im Kontakt?
- Geht es von hier aus weiter?
- Welches Fazit ziehst Du?
Was hat Dir gefehlt, was hat Dir gefallen?

queerpolitikbremen.wordpress.com | E-Mail dort eintragen!

Twitter? @EinfachFreddy

Tweets können Spuren von queerpolitischer Arbeit,
Fußball, #Bremenliebe und komplexen Gedanken enthalten.

